

„Schluss mit dem zügellosen Ausbau der Windkraft in Deutschland“

BERLIN-DEMO

Am Donnerstag, den 23. Mai 2019
feiert das Grundgesetz für die
Bundesrepublik Deutschland seinen
70. Geburtstag!!!

Präambel

Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen,
von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa
dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden
Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.

Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen,
Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-
Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier
Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet.

Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.

Am Montag, den 23. Mai 1949 war die Geburtsstunde des Grundgesetzes
- Als Verfassung für den Übergang gedacht gilt es noch heute. -

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

- kein Grund zum resignieren -
...und damit das auch so bleibt, wollen „WIR“ der
Bundesregierung,

am Donnerstag, den 23.05.2019 um 14:30 Uhr
in Berlin, vor dem Bundeskanzleramt

mitteilen, was hier im Land unbedingt geändert werden muss!!!

(Der angemeldete Demonstrationzug wird vor dem
Bundeskanzleramt beginnen und mit einer Kundgebung vor dem
Brandenburger Tor/ Pariser Platz enden. Änderungen vorbehalten!)

„Schluss mit dem zügellosen Ausbau der Windkraft in Deutschland“

Donnerstag, den 23. Mai 2019

BERLIN-DEMO

Damit wir auch mit Freuden Geburtstag feiern können!

Werden „WIR“, der Bundesregierung
vor dem Bundeskanzleramt, an das Grundgesetz,
insbesondere an:

Artikel 1 Absatz 1:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist
Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Artikel 2 Absatz 2:

Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der
Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 20 Absatz 1:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer
Bundesstaat.“

Artikel 20 Absatz 2:

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und
Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der
vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

Artikel 20 Absatz 4:

Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen,
haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere
Abhilfe nicht möglich ist.

Artikel 20a:

Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die
natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen
Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch
die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.

Artikel 21 Absatz 1:

Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre
Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen
entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie
über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

Artikel 21 Absatz 2:

Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf
ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen
oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu
gefährden, sind verfassungswidrig.

erinnern!!!

„Schluss mit dem zügellosen Ausbau der Windkraft in Deutschland“

Donnerstag, den 23. Mai 2019

BERLIN-DEMO

Den Regierenden ist offenbar nicht klar, dass sich in einer Demokratie
Mitwirkung und Bevormundung gegenseitig ausschließen.

Die Staaten in der Europäischen Union haben sich 1985 in der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung verpflichtet, eine kommunale Souveränität zu gewährleisten, um dadurch das Recht der Bürger auf Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten zu sichern. Der "Schutz und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung" stelle in den verschiedenen europäischen Staaten einen wichtigen Beitrag zum Aufbau eines Europa dar, "das sich auf die Grundsätze der Demokratie und der Dezentralisierung der Macht gründet." Die europäischen Staaten waren sich einig, dass das "Recht der Bürger auf Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten einer der demokratischen Grundsätze ist, die allen Mitgliedsstaaten des Europarats gemeinsam sind" und überzeugt, "dass dieses Recht auf kommunaler Ebene am unmittelbarsten ausgeübt werden kann." ("Der Wind, der Bund, das Land und die Kommunen")

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

bitte meldet Euch weiterhin für die Berlin-Demo, zwecks besserer Planung an. Dankeschön!
Anmeldung mit euren Kontaktdaten bitte per Mail an: info@berlin-demo.de

Mit vielen Grüßen und voller Kraft voraus



AKTIONSBÜNDNIS Pro Natur
zum Schutz unserer Heimat, Natur- und Kulturlandschaften
BERLIN-DEMO unter: www.berlin-demo.de